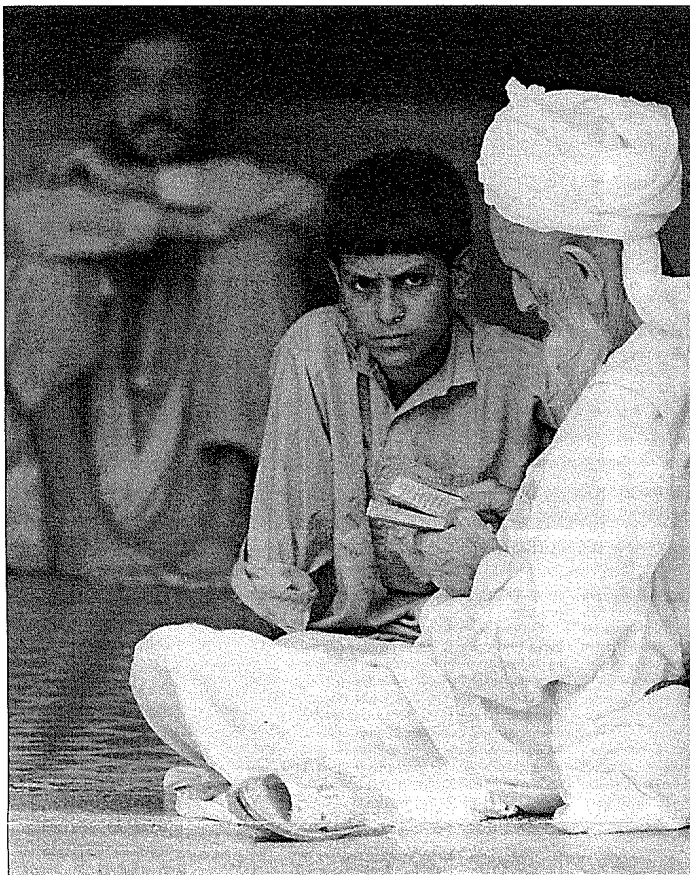


PAKISTAN: DIE UNTERSTÜTZUNG DER TALIBAN VERSCHÄRFT DIE SPANNUNGEN

Islamabad bittet zum Tanz

Ursprünglich waren die Taliban nur Figuren im geostrategischen Spiel einiger US-Firmen. Aufgepäppelt und ausgerüstet von Pakistan, operieren die afghanischen Krieger nun auch im Nachbarland: Das talibanisiert sich jetzt selber.



DIE GEISTER, DIE SIE RIEFEN: In Koranschulen (wie hier in Peshawar an der afghanischen Grenze) lernen die Jungen, was es bedeutet, ein Gotteskrieger zu sein

FOTO: KEYSTONE

WASEEM HUSSAIN

Ende letzter Woche berichtete die Menschenrechtsorganisation Amnesty International über einen Massenmord in Afghanistan. Nachdem die Talibanmilizen Anfang August die Stadt Mazar-e-Sharif eingenommen hatten, verhängten sie eine Ausgangssperre. Die Taliban hatten es offensichtlich auf die Hazara abgesehen, die der schiitischen Richtung des Islams folgen. Dem Bericht von Amnesty zufolge drangen die Milizen in die Häuser ein, zwangen die Bewohnerinnen zur Erklärung ihrer ethnischen Zugehörigkeit, dann töteten sie Kinder und Alte, manche von ihnen draussen vor der Tür, damit es alle sehen konnten. Junge Frauen, so Amnesty, wurden verschleppt, Männer zusammengetrieben und erschossen. Tausende von Hazara seien so verfolgt und getötet worden. Das Massaker gilt als Racheakt. Vor zwei Jahren soll die Miliz der Hazara, die Hesb-e-Wahadat, zweitausend Talibanmilizionäre umgebracht haben.

Ethnische Konflikte sind in Afghanistan nicht neu. Die Taliban sind Paschtunen, die die Bevölkerungsmehrheit darstellen und schon seit langem nach der Vorherrschaft im Land streben. Bei den Taliban kommt dazu, dass sie nur ihre orthodoxe sunnitische Deutung des Islam gelten lassen. Sie dulden niemanden und nichts neben sich. Den Bericht von Amnesty International haben die Taliban jetzt demontiert: «Unser Glaube verbietet es, Zivilisten zu töten.» In den Augen der Taliban sind die schiitischen Hazara wohl keine Zivilisten.

Ende letzten Jahres blockierten die Taliban neun Monate lang alle Lebensmitteltransporte zu den Hazara. Hunderte starben, rund eine Million Menschen überlebten nur dank Lebensmittel, die zu ihnen geschmuggelt wurden. Diese Lebensmittel (vor allem Mehl) kamen aus dem benachbarten Pakistan. In dieser Zeit jedoch war Mehl in Pakistan selber knapp, die Regierung in Islamabad musste 600 000 Tonnen importieren. Das Mehl ging jedoch nicht an die pakistanische Bevölkerung - Premierminister Nawaz Sharif

entschied, das wichtige Lebensmittel nach Afghanistan weiterzuleiten. Den grösseren Anteil schenkte er den Taliban, den Rest liess er an die hungernden Hazara verkaufen. An diesem Beispiel zeigte sich Pakistans verhängnisvolle Afghanistanpolitik, die eine ganze Region gefährdet und gleichzeitig die innenpolitischen Verhältnisse destabilisiert.

Demn als das Mehl ausblieb, gingen viele pakistanische Bürgerinnen und Bürger auf die Strasse. So kam es Ende letzten Jahres in allen vier Provinzen zu schweren Zusammenstössen mit der Polizei und der Armee. Die Wut der ohnehin verarmenden Bevölkerung stieg noch, als bekannt wurde, dass das für den einheimischen Markt importierte Mehl nach Afghanistan geliefert worden war. Es folgte Plünderungen und Anschläge auf politisch einflussreiche Landbesitzer und Geschäftsleute. Danach zerbrach in der pakistanischen Nordwestprovinz das Regierungsbündnis, und plötzlich wurden wieder Stimmen laut, die eine Abspaltung der Provinz von Pakistan forderten.

Der Regierung machte die Krise, in die sie sich selber manövriert hatte, schwer zu schaffen. Die Talibanmilizen stärkten sich derweil für ihre kommenden Feldzüge. In der gleichen Zeit, so haben Beobachter berichtet, unterstützte Pakistan die Taliban auch beim militärischen Nachschub. Im März soll Pakistan laut einem US-amerikanischen Geheimreport auch noch als Umschlagplatz für Waffen und Munition aus der Ukraine gedient haben. Der Transport der Kriegsgüter via Pakistan zu den Taliban wurde offenbar von der pakistanischen Armee vorgezogen. Kurz darauf eröffneten die Taliban mehrere Fronten im Norden und Nordwesten Afghanistans und besiegten ihre Gegner in den meisten Gefechten.

DAS DILEMMA DES IRAN

Der Vormarsch der Taliban schreckte einmal mehr die an Nordafghanistan grenzenden zentralasiatischen Länder

auf. Ihre Regierungen befürchten schon lange, dass die Taliban ihren Krieg ausweiten könnten - denn Staatswesen und Gottesherrschaft schliessen sich für die Taliban gegenseitig aus. Wie kann der Mensch Staatsgrenzen ziehen, wenn Gott doch nur zwischen Gläubigen und Ungläubigen unterscheidet? Da sie sich als Vollstrecker des göttlichen Willens verstehen, besitzen Landesgrenzen für sie keine Gültigkeit.

In Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan sowie in der westlichen chinesischen Provinz Xinjiang streben vereinzelte islamistische Gruppen nach politischem und kulturellem Einfluss. Sollten die Taliban die Grenzen überschreiten, so befürchtet man in jenen Ländern, könnte dies die dortigen Islamisten ermuntern. Die zentralasiatischen Länder versuchen daher, in Afghanistan eine möglichst gemässigt muslimische, vielleicht gar säkulare Regierung an die Macht zu bringen. Eine solche Stabilisierung der Region könnte zudem die traditionellen Handelswege durch Afghanistan und Pakistan nach Indien und ans Arabische Meer öffnen. Also rüsten die zentralasiatischen Regierungen (mit Russland im Hintergrund) die Kriegsgegner der Taliban aus. Sie stützen insbesondere den Ende 1996 gestürzten Expräsidenten Burhanuddin Rabbani und dessen Armeeführer Ahmed Shah Massoud.

Über den Vormarsch der Taliban zeigt sich auch der Iran besorgt. Jetzt, da sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum Westen verbessern, will der als «fundamentalistischer Schurkenstaat» verschrieene Iran verhindern, dass

eine neue islamistische Kraft wie die Taliban in der Region weiter an Einfluss gewinnt. Deshalb bewaffnet auch der Iran eine mit den Taliban verbündete Miliz, nämlich die schiitische Hesb-e-Wahadat, die zusammen mit den anderen nordafghanischen Parteien die Taliban in Afghanistan zurückdrängen soll. Ausserdem will der mehrheitlich schiitische Iran etwaigen grenzüberschreitenden Plänen der sunnitischen Taliban vorbeugen. Deswegen hat die Regierung in Teheran vorige Woche 70 000 ihrer Soldaten an der iranisch-afghanischen Grenze aufmarschieren lassen. Die iranischen Manöver haben Spekulationen darüber laut werden lassen, der Iran könnte, zusammen mit den zentralasiatischen Ländern und Russland, einen militärischen Schlag gegen die Taliban planen. Doch Teheran muss seinen Entscheid vorsichtig abwägen: Mit einem Schlag gegen die vor allem im Westen geächteten Taliban könnte sich der Iran einerseits als pro-westlich, also anti-fundamentalistisch profilieren. Andererseits könnte der Westen dem Iran anlasten, er habe sich in den laufenden Afghanistankrieg eingemischt und damit einmal mehr seine aggressiven Absichten bewiesen. Damit wäre die vom Iran erhoffte Aufhebung der Wirtschaftssanktionen des Westens auf lange Zeit hinausgeschoben.

Der militärische Aufmarsch des Iran ist aber auch als Signal an Pakistan gedacht. Die Leitartikel von so einflussreichen iranischen Zeitungen wie «Hamshari», «Tous», «Ettelaad» und «Iran News» verweisen darauf, dass ein militärischer Schlag des Irans indirekt auch gegen Pakistan gerichtet sein könnte. «Pakistan meint es nicht ehrlich», schrieb ein Journalist in Anspielung auf Pakistans wiederholte Beteuerungen, nichts mit den Taliban zu tun zu haben und allein an einem Frieden in Afghanistan interessiert zu sein. Auch im Iran weiss man, dass Pakistan hinter den Taliban steht.

200 000 IN PAKISTANISCHEN LAGERN

Tatsächlich würde das Hochrösten in der Region erst dann beendet, wenn sich Pakistan aus Afghanistan herausbliehe. Die zentralasiatischen Länder und der Iran haben das wiederholt verlangt. Doch Pakistan denkt nicht daran. Ende Juni schenkte es den Taliban zehn Millionen Rupien (umgerechnet 300 000 Franken), offiziell für den Wiederaufbau in der Hauptstadt Kabul. In Wirklichkeit dürften die Taliban mit dem Geld ihre jüngsten Waffenkäufe bezahlt haben. Einen Monat später, wenige Tage, bevor die Taliban die Stadt Mazar-e-Sharif einnahmen, stellte ihnen Pakistan über 1500 Armeesoldaten zur Seite. Laut ausländischen Diplomaten, die sich zu dieser Zeit in Mazar-e-Sharif aufhielten, sollen pakistanische Geheimdienstleute

FORTSETZUNG SEITE 10

Die Taliban: Vom Rand ins Zentrum

Ende 1978 marschierte die Rote Armee der damals noch existierenden Sowjetunion in Afghanistan ein. Das dortige sowjetfreundliche Regime schien aufgrund innerer Probleme nicht mehr in der Lage, der Rebellion vom Westen unterstützter antizentralistischer (und antimoderner) Gruppen standzuhalten. Moskau betrachtete es als massive Schwächung im Kalten Krieg, dem Sturz eines befreundeten Regimes einfach zuzusehen. Umgekehrt verstand der Westen die Intervention als Versuch der Sowjetunion, ihren Herrschaftsbereich bis zum Arabischen Meer auszuweiten. Um dies zu verhindern, rüsteten die USA den afghanischen Widerstand auf. Der Weltöffentlichkeit und vor allem den saudi-arabischen Finanziers verkauften sie ihren Stellvertreterkrieg als «islamischen heiligen Krieg gegen die atheistischen Sowjets». Schon damals nutzten die USA Pakistan, um von dort den Krieg zu koordinieren. Pakistan willig-

te gerne ein - die Regierung hoffte auf die Gunst der USA. 1989 unterlag die UdSSR und zog aus Afghanistan ab. Ende 1991 zerbrach die UdSSR, damit verloren die USA weitgehend ihr Interesse an Afghanistan. Dafür entflammte dort ein Bürgerkrieg, in welchem sich die ehemaligen Freiheitskämpfer um die Macht stritten.

Die Talibanmilizen machten im Oktober 1994 erstmals von sich reden, als sie eine afghanische Provinz nach der anderen eroberten. Im September 1996 eroberten sie die Hauptstadt Kabul. Ihre Gegner bildeten daraufhin in Nordafghanistan eine militärische Allianz, die allerdings nur kurzfristige Teilerfolge erzielen konnte. Nach den letzten kriegerischen Auseinandersetzungen im Frühjahr und Sommer kontrollieren nun die Taliban fast das ganze Land. Ihre Gegner haben sich in einzelne Täler und Landstriche zurückgezogen.

Auch die Taliban waren ursprünglich nichts anderes

als eine weitere Stellvertreterarmee, die vorwiegend US-amerikanische Interessen in Afghanistan durchsetzen sollte. In Zentralasien lagern grosse Bodenschätze, und der Verteilungskampf ist voll im Gange. Ein Firmenkonsortium, angeführt vom US-amerikanischen Multi Unocal, hat es vorderhand auf turkmenisches Erdgas und Erdöl abgesehen. Es will das Gas und das Öl in Pipelines durch Afghanistan in pakistanische Häfen pumpen. Wieder war Pakistan dienstbar. Im Auftrag der Unocal und mit Wissen US-amerikanischer Politiker baute Pakistan die Talibanmiliz auf und schickte sie nach Afghanistan, um vor allem diejenigen afghanischen Gebiete unter ihre Herrschaft zu bringen, durch die die Pipelines gebaut werden sollen. Aber die Taliban entwickelten sich zur eigenständigen Kraft und weigern sich jetzt, weiterhin Befehle von aussen entgegenzunehmen.

wh.

NORDKOREA: DIE TOTGESAGTEN FEIERN GEBURTSTAG

Wenigstens das Feindbild bleibt

Seit nunmehr einem halben Jahrhundert wird vor Nordkorea gewarnt: Kaum ein anderes Land verteidigte so lange und so zäh seine Eigenständigkeit.

RAINER WERNING

Kurz vor den Feiern zum 50-jährigen Bestehen der Demokratischen Volksrepublik Korea schien die «rote Terror-Dynastie» mal wieder allen Recht zu geben: Am 31. August schoss der «Hort des Bösen» eine Rakete in Richtung Japan ab. Die Regierung in Tokio reagierte empört, auch Washington übte scharfe Kritik. Seoul allerdings hielt sich auffallend zurück und die russischen Militärs bestätigten gar die nordkoreanische Darstellung – am 31. August habe man, so die amtliche nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA, einen Satelliten mit einer mehrstufigen Rakete von Musudan-ri aus in eine Erdumlaufbahn gebracht.

Während im Westen noch über den Zweck der Aktion spekuliert wurde, bestätigte die Oberste Volksversammlung (es war ihre erste Sitzung seit über vier Jahren) den Oberbefehlshaber der Volksarmee und amtierenden Generalsekretär der Arbeiterpartei (PdAK), den 56-jährigen «Geliebten Führer» Kim Jong Il, in seinem Amt als Vorsitzender der zentralen Militärkommission der Partei und ernannte ihn zudem zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsausschusses. Somit ist der Sohn von Kim Il Sung rechtzeitig zum runden Geburtstag des Landes zum Staatsoberhaupt avanciert. Die politische Kontinuität ist damit gewahrt. Eine bessere wirtschaftliche Lage hätte sich die Führungsriege in Pjöngjang allerdings schon gewünscht. Immerhin sollen nach Schätzungen ausländischer Hilfswerke und UN-Organisationen einige hunderttausend Menschen an Hunger gestorben und eine heranwachsende Generation akut unterernährt sein.

Allen Voraussagen zum Trotz (wer hätte nicht auch den Untergang dieser Volkrepublik erwartet?) konnte Nordkorea am Mittwoch dieser Woche auf ein halbes Jahrhundert zurückblicken. Nach der Befreiung vom japanischen Kolonialjoch (1945) und vor der Staatsgründung (1948) rangen in Nordkorea neue Eliten um die Macht. Sie bestanden aus der Partisanengruppe um Kim Il Sung, aus koreanischen Kommunistinnen, die den Langen Marsch der chinesischen Roten Armee mitgemacht hatten (Yenan-Fraktion), aus den im koreanischen Untergrund agierenden Kommunistinnen (Inland-Fraktion) und schliesslich aus der «Sowjet-Fraktion»,

die mit der sowjetischen Roten Armee zurückgekommen war. Aus diesem Machtkampf ging Kim Il Sung als Sieger hervor.

Entscheidend für den Aufstieg seiner Partisanentruppe war, dass sie während des Kampfes gegen die japanische Armee instand war, eine konsistente Strategie für die Entwicklung der nachkolonialen Gesellschaft in Korea zu konzipieren. Die anderen Gruppen neigten zur direkten Übernahme des sowjetischen beziehungsweise chinesischen Modells. Kim Il Sungs Losung nach der Befreiung lautete indes: «Diejenigen, die einflussreich sind, sollen mit ihrer Macht, diejenigen, die ausgebildet sind, sollen mit ihrem Wissen und diejenigen, die wohlhabend sind, sollen mit ihrem Geld dem Aufbau des neuen Vaterlandes dienen!»

Kennzeichnend für das nordkoreanische System wurde die Dschutsche-Ideologie – ein Konstrukt der drei sämtliche Lebensbereiche durchdringenden Elemente «Subjektivität», «Selbständigkeit» und «Vertrauen in die eigene Kraft». Pjöngjang ging zunächst wirtschaftlich, später auch politisch zu Moskau und zu Peking gleichermaßen auf Distanz; im sino-sowjetischen Konflikt schlug sich Nordkorea auf keine Seite und wahrte so die Souveränität. Die Führung in Pjöngjang kritisierte den (aus ihrer Sicht) sowjetischen Revisionismus wie den Vandalismus während der chinesischen Kulturrevolution. Mit einem Wirtschaftswachstum, das jenes von Südkorea bis in die frühen siebziger Jahre hinein in den Schatten stellte, und einem vergleichsweise umfassenden Sozial- und Bildungssystem galt Nordkorea lange Zeit als Modell für eine eigenständige Entwicklung.

Dann jedoch kam es zu ökonomischen Rückschlägen; seit zwanzig Jahren stagniert die Wirtschaft der Volksrepublik. Ursache dafür waren unter anderem strukturelle Probleme. Die Leichtindustrie wurde kaum entwickelt, veraltete Produktionsanlagen erlaubten keine höhere Produktivität (obwohl die Arbeitskräfte gut ausgebildet waren), und auch die Qualität der Produkte liess zu wünschen übrig. Der Zusammenbruch des realsozialistischen Systems erschütterte den Aussenhandel, dass die Ostblockländer und China für ihre Waren plötzlich Devisen verlangten, stürzte die nordkoreanische Ökonomie in grosse Schwierigkeiten. Die Folge: Nordkoreas Aussenhandel mit den Ländern der früheren Sowjetunion sackte von umgerechnet 2,1 Milliarden US-Dollar 1987 auf 340 Millionen im Jahre 1993 ab. Gleichzeitig wurde China zum wichtigsten Handelspartner. Laut Daten der russischen Botschaft in Pjöngjang schrumpfte Nordkoreas Volkswirtschaft allein in den Jahren des Umbruchs



DER GELIEBTE FÜHRER: Jetzt auch offiziell

FOTO: KEYSTONE

(1990–1993) um durchschnittlich 5,2 Prozent pro Jahr.

Um den Absturz aufzuhalten, gab Nordkorea 1991 den Plan zur Errichtung der freien Industrie- und Handelszone Rajin-Sonbong und eines Freihafengeländes im Hafen von Chongjin bekannt; in der 621 Quadratkilometer grossen Zone sollen sich ausländische Firmen ansiedeln können. Geplant ist auch eine deutliche Steigerung der Umschlagskapazität in den Häfen Sonbong, Rajin und Chongjin. Die Kosten für den Ausbau der Zonen und Häfen belaufen sich auf mehrere Milliarden US-Dollar, wobei die Regierung insgeheim darauf spekuliert, dass im Falle einer Normalisierung der Beziehungen zu Tokio japanische Unternehmen den Grossteil der Finanzierung stellen.

Dass die Zeit der eigenständigen Entwicklung vorbei ist, zeigt auch die koreanische Nord-Süd-Annäherung. Seit November 1994 erlaubt Seoul südkoreanischen Geschäftsläden, Technikern und Ingenieuren Nordkoreareisen, südkoreanische Firmen dürfen nun auch bis zu einer Million US-Dollar in der Volksrepublik investieren. Mittlerweile setzt Pjöngjang verstärkt auf südkoreanisches Kapital und Know-how. Die Annäherung ist Ausdruck der gegenwärtigen Lage: Weder Pjöngjang noch Seoul haben aufgrund hausgemachter Probleme Interesse daran, die andere Seite zu destabilisieren.

Kurz und quer

AUSTRALIEN: NEUE URANMINE BLOCKIERT

Im April dieses Jahres reichte es den Aborigines, und auch Umweltschützerinnen hatten genug – und so errichteten sie ein Blockade-Camp, mit dem sie die Uranmine von Jabluka verhindern wollen. Die geplante Mine liegt im Kakadu Nationalpark, gleich neben dem Uranbergwerk Ranger, das seit zwanzig Jahren betrieben wird. Der radioaktive Aushub der Ranger-Mine verseucht seit langem die Umwelt der Mirrar, der traditionellen Besitzer des Landes. Ihnen war einst Wohlstand versprochen worden, stattdessen haben sich ihre Lebensbedingungen und ihre Gesundheit verschlechtert. Yvonne Margarula, deren Vater einst der Grund gehörte, auf dem die Jabluka-Mine entstehen soll, konnte australische Linke und Grüne für ihren Kampf mobilisieren. Seither blockieren Hunderte die Bauarbeiten, über 360 Demonstrantinnen wurden mittlerweile festgenommen und zu Haftstrafen verurteilt. Die Betreiberfirma Energy Resources of Australia versucht derweil, sämtliche Bau- und Exportverträge unter Dach und Fach zu bringen. In Australien wird Anfang Oktober gewählt, und die oppositionelle Labor-Partei hat versprochen, existierende Jabluka-Abkommen zu akzeptieren. Um potenzielle Urankäufer über die Konsequenzen zu informieren, haben die australischen Atomgegnerinnen eine weltweite Kampagne gestartet (das EU-Parlament verabschiedete bereits eine Resolution gegen Jabluka). Die Kampagne wird auch vom Schweizer Zweig des Service Civil International (SCI) unterstützt.

BRD: STUFENPLAN BEIM MAI

Ende August verhandelte der Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages in einer Sondersitzung das Multilaterale Investitionsschutzabkommen MAI. Das Abkommen soll für eine Gleichbehandlung von in- und ausländischen Investoren sorgen. Auf der Sitzung (sie fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt) plädierte der Vertreter des Bundeswirtschaftsministeriums für einen rasch umsetzbaren Kernvertrag, auf den später «draufgesattelt» werden könne. Strittig sei derzeit die Frage einer generellen Ausnahme für das Presse- und Verlagswesen sowie das geistige Eigentum. Der Vertreter der Bündnisgruppen begrüsste grundsätzlich die Verhandlung eines Investitionsschutzabkommens und sprach sich gegen unberechtigte Eingriffe ins Privateigentum aus. Allerdings sollten Umwelt- und Sozialklauseln im Vertragswerk verankert werden. Das jedoch lehnte der Regierungsvertreter ab; eine verbindliche Aufnahme solcher Standards sei «nicht erforderlich». Auch die Entwicklungsländer wollten dies nicht. Die aber dürfen gar nicht mitverhandeln, da sie der OECD nicht angehören, in deren Rahmen über das MAI entschieden wird. Ihre Interessen würden, so die Kritik eines Sprechers der SPD-Fraktion, überhaupt nicht berücksichtigt. Ein ebenfalls anwesender Vertreter der Europäischen Kommission erklärte, warum: Das MAI, sagte Robert Madelin, sei für die «europäische Volkswirtschaft» notwendig. Eine Entscheidung soll im Mai 1999 fallen.

Islamabad bittet zum Tanz Fortsetzung von Seite 9

zudem den Widerstand in der Stadt sabotiert haben, so dass die Taliban dort ohne viel Aufwand einmarschieren konnten. Die pakistanische Regierung möchte im attraktiven Transitland Afghanistan die politische und wirtschaftliche Kontrolle ausüben – Pakistan war nicht von ungefähr das erste Land (gefolgt nur noch von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten), das die Taliban als legitime Regierung Afghanistans anerkannte. Nachdem die Taliban Mazar-e-Scharif eingenommen hatten, verlangte Islamabad, die internationale Gemeinschaft solle endlich die Situation in Afghanistan konventionell beurteilen und auf dem Boden der Realität beurteilen und die Taliban auch als rechtmässige Herrscher anerkennen.

Anderen Realitäten gegenüber vorschliesst sich die pakistanische Regierung lieber. So zum Beispiel der Tatsache, dass das Vorrücken der Taliban auch die innenpolitische Situation verändert. Die Taliban rekrutieren viele ihrer Soldaten in illegalen militärischen Ausbildungslagern in Pakistan oder im grenznahen Afghanistan, die von pakistanischen Organisationen wie Harkat-ul-Ansar, Jamiat-e-Ulama-i-Islam, Sipah-i-Sahaba, Jamaat-e-Islami betrieben werden. In den Camps dieser islamistischen Gruppen werden derzeit etwa 200 000 junge Männer ausgebildet. Die

Organisationen erhalten Geld aus der islamischen Wohlfahrtskasse Pakistans (Zakat-Fonds) und können auf den militärischen Beistand des pakistanischen Armeegeheimdienstes setzen.

Doch die Unterstützung dieser Organisationen, die Pakistans Einfluss in Afghanistan sichern sollen, könnte zum Bumerang werden. Die Taliban, die auch unter den pakistanischen Paschtunen rekrutiert, beschränken sich nicht auf Afghanistan. Seit Jahren schwelt in Pakistan ein Kleinkrieg zwischen sunnitischen und schiitischen Muslimen, der oft zu Handgreiflichkeiten und Totschlag führt. In die Auseinandersetzungen – sie entstehen manchmal ohne erkennbaren Anlass in Moscheen oder auf dem Markt – mischen sich immer mehr Talibanisoldaten, die von der Front in Afghanistan zurückkehren.

Sie haben ihre Basis in pakistanischen Moscheen eingerichtet, wo sie ihren ultraorthodoxen Islam verkünden. Wie in Afghanistan muss da fühlen, wer nicht hören will: Anfang September verprügelten dreissig Talibanisoldaten im pakistanischen Dorf Jalala einen Zeitungsverkäufer, weil dieser nicht genug Exemplare einer bestimmten Zeitung beschaffen konnte. In ihrer Wut schlugen die Taliban auch noch Schaufenster ein und demolierten ein Möbelgeschäft. Solche Vorfälle

wiederholen sich in letzter Zeit immer öfter. Die pakistanische Regierung hat halberzige Versuche unternommen, die militanten Islamisten in die Schranken zu weisen. Deren Antwort war einfach: Sie drohten mit neuen Anschlägen, die Regierung verstummte. Kurzum: Die pakistanische Regierung lässt sich von den islamistischen Gruppen (einschliesslich der Taliban) unter Druck setzen. Schlimmer noch: Nun will der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif auch noch die islamische Rechtsnorm (Scharia) einführen und demokratische Regeln (sofern diese überhaupt noch vorhanden sind) aussetzen. Die Folgen einer solchen Stärkung der Islamisten könnte die Regierung schneller zu spüren bekommen, als ihr lieb ist. Für die sunnitische Mehrheit wäre die Durchsetzung der Scharia eine Bestätigung ihrer Position – und ein Freibrief für die Verfolgung der verhassten religiösen Minderheiten.

Treffend warnt darum die pakistanische Wochenzeitung «The Friday Times» vor einer «Talibanisierung» Pakistans. Der politische Grundstein dazu ist bereits gelegt: Der pakistanische Aussenminister Sartaj Aziz nennt Afghanistan unter den Taliban die «fünfte pakistanische Provinz». Warum sollten die Taliban das nicht als Einladung zum Mitmachen auffassen?



von menschen und mäschen

So war das, Berti



BELAUSCHT VON EUGEN FLECKENSTEIN

Lang ist es her, da wollte Chief Buthelezi den deutschen Aussenminister Hans-Dietrich Genscher beim Staatsbesuch in Bonn eigentlich verputzen, schreckte dann aber vor der hässlichen Kunstfaser des ministeriellen Pullovers zurück. So überlebte Genscher, und zum Dank anerkannte er das katholische Kroatien, das eine eigene Fussballmannschaft aufstellen durfte und die deutsche Elf in Frankreich erniedrigte. Vogts musste gehen, und sein Freund, der Kanzler, musste die Wahlplakate ändern. Statt Weltmeister steht da jetzt Weltklasse. Ob das allerdings noch hilft? Und alles nur wegen Genscher und dessen Pullover.